

Erläuterungen zur öffentlichen Konsultation zur Überarbeitung der IPCEI-Mitteilung

Mit diesen Erläuterungen sollen das Ziel und der Anwendungsbereich des Entwurfs für eine überarbeitete Mitteilung der Kommission über die Kriterien für die Würdigung der Vereinbarkeit von staatlichen Beihilfen zur Förderung wichtiger Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse mit dem Binnenmarkt („IPCEI-Mitteilung“) genauer dargelegt werden. Die Erläuterungen dienen als Hintergrundinformationen zu der achtwöchigen Konsultation zum Entwurf der überarbeiteten IPCEI-Mitteilung.

Bürgerinnen und Bürger, Organisationen und Behörden sind aufgerufen, zum Entwurf der Kommission für die überarbeitete IPCEI-Mitteilung Stellung zu nehmen. Neben dieser Konsultation wird ein Treffen mit Vertretern der Mitgliedstaaten stattfinden, um Rückmeldungen einzuholen.

Die Interessenträger werden gebeten, ihre Stellungnahmen in elektronischer Form zu übermitteln und eindeutig anzugeben, ob ihre Antwort vertraulich ist. Wenn dies der Fall ist, sollte auch eine nichtvertrauliche Fassung der Antwort übermittelt werden, die auf der Website der GD Wettbewerb veröffentlicht werden kann. Die vollständigen Kontaktangaben sind auf der Website für öffentliche Konsultationen zu finden.

1. Hintergrund

Wichtige Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse (Important Projects of Common European Interest – IPCEI) können vor allem aufgrund ihrer positiven Spill-over-Effekte einen wichtigen Beitrag zu den strategischen Zielen der Union leisten. Im Rahmen von IPCEI können Mitgliedstaaten und Interessenträger aus der ganzen Union zusammenarbeiten und schwerwiegende Marktstörungen oder systemische Ausfälle beheben und gesellschaftliche Herausforderungen bewältigen, die ansonsten nicht angegangen werden könnten.

In der ersten IPCEI-Mitteilung¹ aus dem Jahr 2014 legte die Kommission die Voraussetzungen fest, unter denen staatliche Beihilfen für die Durchführung wichtiger Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse als nach Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe b AEUV mit dem Binnenmarkt vereinbar angesehen werden können.

Im Jahr 2019 leitete die Kommission im Rahmen der Eignungsprüfung² des Pakets zur Modernisierung des Beihilferechts von 2012 eine Evaluierung der IPCEI-Mitteilung ein, um zu prüfen, ob diese Vorschriften nach wie vor zweckmäßig sind. Den Ergebnissen zufolge erfüllen die Vorschriften grundsätzlich ihren Zweck. Dennoch sind einige gezielte Anpassungen erforderlich.

Am 11. Dezember 2019 veröffentlichte die Kommission die Mitteilung über den europäischen Grünen Deal, in der die Strategien umrissen werden, mit deren Hilfe Europa bis 2050 zum ersten CO₂-neutralen Kontinent werden soll. Um den europäischen Grünen Deal umzusetzen, muss in allen Bereichen gehandelt werden.

Ferner wurde am 19. Februar 2020 die europäische Digitale Strategie vorgestellt, die darauf abzielt, den digitalen Wandel zu einem Erfolg für Menschen und Unternehmen zu machen und einen Beitrag zur Verwirklichung der Klimaneutralität Europas bis 2050 zu leisten.

¹ [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:52014XC0620\(01\)](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:52014XC0620(01))

² https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_19_182

Dieser doppelte Übergang zu einer grünen und digitalen Wirtschaft erfordert auch eine Anpassung der derzeitigen Beihilfevorschriften.

Die geltende IPCEI-Mitteilung wird Ende 2021 auslaufen.³ Im zweiten Halbjahr 2021 soll die neue IPCEI-Mitteilung angenommen werden.

2. Im Entwurf der IPCEI-Mitteilung vorgeschlagene Änderungen

Die Überarbeitung der IPCEI-Mitteilung stützt sich größtenteils auf die Ergebnisse der Evaluierung der geltenden Mitteilung und die dabei gesammelten Nachweise und Daten, einschließlich einer gezielten Konsultation und einer öffentlichen Konsultation zu allen in die Eignungsprüfung⁴ einbezogenen Vorschriften, sowie auf die Erfahrungen der Kommission aus ihrer Beschlusspraxis, die insbesondere drei IPCEI-Beschlüsse im Bereich Forschung und Innovation umfasst (einen Genehmigungsbeschluss vom Dezember 2018 im Bereich Mikroelektronik sowie zwei die Batteriewertschöpfungskette betreffende Genehmigungsbeschlüsse vom Dezember 2019 bzw. Januar 2021). Darüber hinaus muss die Mitteilung aktualisiert werden, um neuen politischen Prioritäten wie dem Grünen Deal und der Digitalstrategie Rechnung zu tragen.

Angesichts der Evaluierungsergebnisse wird die IPCEI-Mitteilung als insgesamt zweckmäßig angesehen. Sie hat sich insbesondere als geeignetes Instrument zur Förderung der Entstehung wichtiger grenzübergreifender integrierter und kooperativer Forschungsvorhaben in strategischen Wertschöpfungsketten erwiesen, die dem gemeinsamen europäischen Interesse dienen.

Mit der Ersetzung der früheren sektorspezifischen Vorschriften für die Würdigung von IPCEI durch spezifische branchenübergreifende Erläuterungen gelang es offenbar, die anvisierten Ziele zu erreichen, d. h. die Voraussetzungen, unter denen IPCEI für staatliche Beihilfen in Betracht kommen und Beihilfen für IPCEI als mit dem Binnenmarkt vereinbar angesehen werden können, zu präzisieren und die Vorhersehbarkeit der von der Kommission vorgenommenen Würdigung zu erhöhen.

Die IPCEI-Mitteilung von 2014 wird insgesamt weitgehend unverändert bleiben. Ihre Überarbeitung konzentriert sich auf die nachstehenden Bereiche.

Offenheit und Inklusivität von IPCEI

Die geltenden Anforderungen für die Beihilfefähigkeit von IPCEI (wie die Mindestzahl von teilnehmenden Mitgliedstaaten) und die positiven Indikatoren (z. B. für die Offenheit von IPCEI) reichen offenbar nicht aus, um die Offenheit und Inklusivität von IPCEI zu gewährleisten.

Daher sollte die Mindestzahl der teilnehmenden Mitgliedstaaten leicht erhöht werden, wobei jedoch weiterhin die Möglichkeit bestehen sollte, dass weniger Mitgliedstaaten teilnehmen, wenn dies aufgrund der Art des Vorhabens gerechtfertigt ist. Außerdem sollte die Anforderung bestehen, dass alle interessierten Mitgliedstaaten tatsächlich die Gelegenheit erhalten, an einem neu entstehenden IPCEI teilzunehmen (siehe Randnummern 17 und 18 des Entwurfs der IPCEI-Mitteilung).

Rolle der KMU

³ https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1247

⁴ <https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/2044-Fitness-check-of-2012-State-aid-modernisation-package-railways-guidelines-and-short-term-export-credit-insurance/public-consultation>

Wenngleich einige KMU an den drei seit 2014 genehmigten integrierten IPCEI im Bereich FuEul teilgenommen haben, wird in der geltenden IPCEI-Mitteilung nicht auf die spezifische Situation von KMU eingegangen.

Angeichts der besonderen Rolle, die KMU in der EU-Wirtschaft spielen, ist es wichtig, dass KMU an IPCEI teilnehmen und von ihnen profitieren können. Da übermäßige Verfälschungen des Wettbewerbs bei niedrigeren Beihilfebeträgen (z. B. für KMU) grundsätzlich weniger wahrscheinlich sind, sollte das Kriterium der Angemessenheit explizit als Bestandteil der Würdigung eingeführt werden (siehe Randnummer 5 des Mitteilungsentwurfs).

Zudem sollten große Unternehmen, die an IPCEI teilnehmen, dazu angeregt werden, KMU aus verschiedenen Mitgliedstaaten als Partner einzubeziehen, sodass KMU mehr und mehr von IPCEI profitieren können (siehe Randnummer 22 Buchstabe d des Mitteilungsentwurfs).

Anpassung an aktuelle EU-Prioritäten und -Strategien

Die geltende IPCEI-Mitteilung trägt den jüngsten Entwicklungen der EU-Politik, insbesondere dem europäischen Grünen Deal, der Digitalstrategie und der Industrie-/KMU-Strategie nicht umfassend Rechnung.

Daher scheint es notwendig, Bezugnahmen auf neuere relevante Initiativen einzufügen (siehe die Randnummern 4, 5 und 15 des Mitteilungsentwurfs).

Außerdem sollte ausdrücklich anerkannt werden, dass große, grenzübergreifende Vorhaben in den Bereichen Gesundheit und Digitales, die für die einschlägigen Strategien sehr wichtig sind, auf der Grundlage der IPCEI-Mitteilung gewürdigt werden können (siehe Randnummer 26 des Mitteilungsentwurfs).

Vermeidung negativer Auswirkungen von IPCEI-Beihilfen und Gewährleistung der Angemessenheit der Beihilfen

Um den europäischen Charakter von IPCEI weiter zu stärken und die Kohärenz mit der EU-Kohäsionspolitik sicherzustellen, sollten spezifische Vorschriften für den Umgang mit Standortwechseln eingeführt werden (siehe Randnummer 49 des Mitteilungsentwurfs).

Damit die Beihilfen auch dann angemessen bleiben, wenn die Nettoerträge der Beihilfeempfänger aus dem geförderten Vorhaben höher ausfallen als erwartet, sollte eine explizite Bestimmung eingeführt werden, nach der die Kommission einen geeigneten Rückforderungsmechanismus verlangen kann (siehe Randnummer 37 des Mitteilungsentwurfs). Ferner sollte verlangt werden, dass der Beihilfeempfänger einen erheblichen Kofinanzierungsbeitrag leisten muss (siehe Randnummer 20 des Mitteilungsentwurfs).

Sonstige Klarstellungen und Aktualisierungen

Da in den Konsultationen, die im Rahmen der Eignungsprüfung durchgeführt wurden, Präzisierungen gewünscht wurden und die Beschlusspraxis zu berücksichtigen ist, sollten einige Bestimmungen der IPCEI-Mitteilung aktualisiert, leicht überarbeitet oder anders aufgebaut werden. Dies gilt insbesondere für die Definition des Begriffs „integriertes Vorhaben“ (siehe Randnummer 13 des Mitteilungsentwurfs), das Vorliegen von Marktstörungen, systemischen Ausfällen oder gesellschaftlichen Herausforderungen (siehe Randnummer 16 des Mitteilungsentwurfs), die Definition des Begriffs „erste gewerbliche Nutzung“ (siehe Randnummer 25 des Mitteilungsentwurfs), die Würdigung kontrafaktischer Szenarien (siehe Randnummer 32 des

Mitteilungsentwurfs), die Kumulierung (siehe Randnummer 36 des Mitteilungsentwurfs) und die Transparenz (siehe die Randnummern 50 und 51 des Mitteilungsentwurfs).